

7. Objektkredit für die Radweglückenschliessung und den Ausbau von Bushaltestellen auf der Binz-/Zollikonstrasse in den Gemeinden Zollikon und Maur

Antrag des Regierungsrates vom 16. Mai 2018 und geänderter Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 29. September 2020

Vorlage 5455a (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsident Roman Schmid: Ziffer I untersteht der Ausgabenbremse.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Diese Vorlage beschäftigte die Kommission für Planung und Bau bereits schon in der letzten Legislatur. Sie wurde nach eingehender Beratung auch für einige Zeit sistiert. Mit dem Geschäft 5455 beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Objektkredit über 5,3 Millionen Franken für die Radweglückenschliessung und den Ausbau von Bushaltestellen auf der Strecke zwischen Zollikon und Maur.

Weil neu eine Buslinie über die vom Radweg betroffene Strasse geführt werden sollte, der exakte Standort der Bushaltestellen jedoch nicht feststand, kam die damalige Kommissionsmehrheit zum Schluss, dass der Bau dieser Haltestellen mit der Radwegplanung koordiniert werden müsste. Sie stimmte daher für eine vorübergehende Sistierung der Vorlage, bis die Planung abgeschlossen sei und dieses Projekt eben mit der Gemeinde koordiniert würde. Zudem gab es aber auch mit der Gemeinde Zollikon noch Unstimmigkeiten, da für die Erstellung des Radweges Längsparkplätze unmittelbar nach dem letzten Haus auf der Binzstrasse im Gebiet Sennhof auf dem Zollikerberg aufgehoben werden müssen. Gegen die Aufhebung der 26 Längsparkplätze ist während der öffentlichen Planaufgabe auch eine Einsprache eingegangen, obwohl diese damals von der Gemeinde ohne gültigen Richtplaneintrag rechtswidrig auf einer Kantonsstrasse erstellt worden war. Die Gemeinde wehrte sich gegen die Aufhebung, da sie für einen Ersatzneubau der Parkplätze vollumfänglich selber aufkommen müsste. Der Kanton schlug der Gemeinde damals vor, auf eigene Kosten einen Ersatzparkplatz etwas weiter nordöstlich zu erstellen, und dies sogar noch auf kantonseigenem Land. Die Gemeinde forderte jedoch, dass die Ersatzparkplätze vollumfänglich durch den Kanton zu finanzieren seien.

In den vergangenen zwei Jahren wurde das Projekt nun nochmals überarbeitet und die KPB nahm die Beratung der Vorlage in der Folge im letzten Sommer wieder auf. Das neue Projekt umfasst nun ausserorts den Neubau eines abgesetzten Rad- und Gehwegs zwischen Zollikon und Binz, innerorts die Anpassung der Fahrbahn und Markierungen eines beidseitigen Radwegstreifens im Bereich Zollikerberg und Binz, die Instandsetzung der Fahrbahn im gesamten Projektperimeter sowie den Rückbau der Bushaltestelle Resirain. Die Realisierung der drei neuen Bushaltestellen Zollikerberg, Sennhof und Binz bei Maur wird, wie damals von der Kommissionsmehrheit gefordert, eng mit dem vorliegenden Projekt koordiniert.

Es handelt sich jedoch um ein separates Projekt und ist nicht Bestandteil der Objektkreditvorlage, über die wir heute beschliessen.

Im Lauf der wiederaufgenommenen Beratung zeigt sich, dass der Konflikt zwischen Kanton und Gemeinde über die Finanzierung der Ersatzparkplätze noch nicht vollständig geklärt ist. Aufgrund der nach wie vor ungeklärten Ausgangslage zwischen der Gemeinde Zollikon und dem Tiefbauamt fordert eine Mehrheit der Kommission deshalb eine Aufstockung des Objektkredits um 100'000 Franken für die Verschiebung und Neuerstellung von 34 Parkplätzen beim Weiler Sennhof zulasten des Kantons. Diese Mehrausgabe untersteht daher auch der Ausgabenbremse.

Eine Kommissionminderheit stellt sich auf den Standpunkt, dass dieser Rechtsstreit nicht von der Politik gelöst werden kann, vielmehr sei dieser Konflikt, wie hierfür üblich, auch auf dem Rechtsweg zu klären. Eine Sonderbehandlung der Gemeinde Zollikon sei hier nicht angebracht. Sie beantragt dem Kantonsrat daher, dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrates zu folgen.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, der Vorlage 5455a zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen. Besten Dank.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Der Objektkredit für die Radweglückenschliessung war und ist in der SVP/EDU-Fraktion unbestritten. Wir unterstützen das Projekt, obwohl bei der Planung einiges schiefgelaufen ist. Die Kommission für Planung und Bau hat den Objektkredit für die Radweglückenschliessung auf der Binz-/Zollikonstrasse, wie von unserem Kommissionspräsidenten geschildert, am 27. November 2018 sistiert. Der damit verbundene Auftrag an die Baudirektion war klar: Die Radweglückenschliessung muss vor der Projektfestsetzung mit der geplanten Verlängerung der Buslinie 910 und den drei neuen Bushaltestellen auf der Strecke des geplanten Velowegs koordiniert und abgestimmt werden. Das Tiefbauamt hat in dieser Sache seine Arbeit gemacht und uns die beiden abgestimmten Projekte präsentiert. Während den Kommissionsberatungen im November 2018 kam aber auch der Streit zwischen der Baudirektion und der Gemeinde Zollikon auf den Tisch. Es geht um die Parkplätze im Weiler Sennhof. Die Parkplätze fallen den Radwegen zum Opfer. Eine Ersatzfläche für die wichtigen Parkplätze im Naherholungsgebiet Sennhof ist nur 50 Meter vom aktuellen Standort gefunden wurden, doch bezahlen will sie niemand. Beide Seiten begründen dies mit fehlenden Rechtsgrundlagen. Ich kann beide Argumentationen verstehen. Was ich von beiden Parteien, der Baudirektion und der Gemeinde Zollikon, nicht verstehen kann, ist, dass der Konflikt auch zwei Jahre später immer noch besteht. Noch unverständlicher: Es wurde zwei Jahre lang nichts unternommen, um eine Lösung zu finden. Seit der Sistierung im November 2018 wurden keine Gespräche mehr geführt. Nun droht ein Rechtsstreit, welcher zu einer weiteren enormen Verzögerung des Radwegprojektes führt.

Was im Votum unseres Kommissionspräsidenten leider nicht erwähnt wurde: Die Verschiebung und Neuerstellung der bestehenden Parkplätze im Weiler Sennhof kostet 150'000 Franken. Ich konnte die Kommission davon überzeugen, dass ein

Beitrag von 100'000 Franken seitens des Kantons den Konflikt lösen kann. Deshalb hat sich die Kommissionsmehrheit für eine Erhöhung des Objektkredits ausgesprochen. Ein Rechtsstreit und eine weitere Verzögerung des Projektes würden den Kanton viel teurer zu stehen kommen. Dass die Gemeinde Zollikon auch ihren Beitrag leisten muss, nämlich mindestens 50'000 Franken, ist für mich selbstverständlich. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Kommissionsantrag zu und unterstützen Sie diese pragmatische Lösung.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Radweglückenschliessungen sind nach wie vor eher rare Projekte, entsprechend klar stimmen wir dem Gesamtprojekt zu, vor allem nach der unsäglichen Sistierung der damaligen bürgerlichen Mehrheit im Jahr 2018, die unserer Meinung nach einzig und allein bezweckte, das Projekt zu verzögern. Nun sind wir drei Jahre später endlich soweit und das Projekt ist grundsätzlich unbestritten, auch wenn nicht alles Gold ist, was glänzt. Denn allzu oft noch werden Radwegprojekte eher in weniger dicht bebauten Gebieten vorangetrieben, während viele Abschnitte auch von Fahrradfahrern vielgenutzte Strassen immer noch nicht für den Veloverkehr ausgebaut wurden und entsprechend unsicher sind. Einmal mehr fordern wir deshalb hier die involvierten Ämter auf, bei den Radwegausbauten nochmals einen Zacken zuzulegen.

Nun zum Minderheitsantrag, der der ursprünglichen Vorlage des Regierungsrates entspricht: Es ist schwer nachvollziehbar, ja, äusserst dreist, dass eine der reichsten Gemeinden in unserem Kanton fordert, dass der Kanton hier einen Parkplatz für mehr als 100'000 Franken erstellt und dass die Gemeinde in der Kommission noch eine Mehrheit findet, die diesem luxuriösen Wunsch auch noch nachkommt und diesen unterstützt. Es ist definitiv nicht die Aufgabe des Staates, Parkplätze zu bauen. Dies sollte man Privaten überlassen, dann hätte man auch eine Kostenvahrheit bei den Parkgebühren.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Parteien, sind Sie die besseren Sozialisten, wenn es um Parkplätze geht? Gilt hier der oft von Ihnen herbeigesehnte schlanke Staat plötzlich nicht mehr? Soll der Kanton hier für Parkplätze Boden versiegeln, während Sie sich andernorts gegen neue Bahnschienen wehren? Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SVP, Konsistenz sieht anders aus. Stimmen Sie unserem Minderheitsantrag und sparen Sie gemeinsam mit uns 100'000 Franken ein – für unseren Kanton und für unsere Umwelt.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Die Schliessung der Radweglücke gemäss dem kantonalen Velonetzplan zwischen Binz und Zollikon macht Sinn und ist auch weitgehend unbestritten. Der abgesetzte Radweg soll gleichzeitig und koordiniert mit der Fahrbahninstandsetzung ausgeführt werden. Gleichzeitig werden drei neue Bushaltestellen realisiert, welche jedoch nicht Bestandteil dieses Kredites sind.

Auch in der KPB wurde der Erhalt der öffentlichen Parkplätze beim Weiler Sennhof diskutiert, wie wir gehört haben. Diese werden von Naherholungssuchenden rege genutzt. Der Kredit soll nun um 100'000 Franken erhöht werden, damit diese Parkplätze, etwas verschoben, bei der neuen Bushaltestelle Sennhof neu erstellt

werden können und somit erhalten bleiben. Die Krediterhöhung soll das Ränke-
spiel zwischen Gemeinde und Kanton beenden. Somit können Mehrkosten, wel-
che durch weitere Zeitverzögerungen und Rechtsstreitereien entstehen, vermieden
werden.

Die FDP unterstützt den Kommissionsmehrheitsantrag samt der Erhöhung um
100'000 Franken für die Parkplätze im Sennhof und lehnt demensprechend den
Minderheitsantrag ab. Kurz gesagt: Der Radweg macht Sinn und die Ausführung
erfolgt koordiniert mit den Anpassungen an den Bushaltestellen und der Fahr-
bahninstandstellung. Das Projekt soll nach den erfolgten Zeitverzögerungen nun
effizient umgesetzt werden.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Die Grünen sind für den Objektkredit für
die Radweglückenschliessung und den Ausbau von Bushaltestellen, aber gegen
die Aufstockung für die Parkplätze. Wir unterstützen somit den Minderheitsantrag
und damit den ursprünglichen Antrag des Regierungsrates. Radweg und Bushal-
testellen sind unbestritten und sollen gebaut werden. Wäre das Geschäft nicht in
der letzten Legislatur sistiert worden, hätten wir jetzt bereits einen funktionieren-
den Radweg.

Strittig ist also nur die Frage der Parkplätze entlang der Strasse im Sennhof. Diese
wurden auf Zusehen hin gratis der Allgemeinheit zum Parkieren zur Verfügung
gestellt. Es besteht aber kein Anspruch, dass diese ersetzt werden müssen, wenn
der Radweg diese Fläche beansprucht. Die Erstellung eines neuen Parkplatzes,
die der Kanton finanzieren soll, ist eine Zwängerei und soll nicht Bestandteil die-
ser Vorlage sein. Bitte unterstützen Sie mit uns den Minderheitsantrag.

Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur): Dass Radweglücken geschlossen
und behindertengerechte Bushaltestellen gebaut werden sollen, unterstützen wir
natürlich. Wir werden aber die 100'000 Franken Mehrkosten für die Verschiebung
und Neuerstellung der Parkplätze auf Kosten des Kantons ablehnen. Aus unserer
Sicht liegen diese Kosten wenschon klar im Bereich der Gemeinde Zollikon. Wir
unterstützen also den ursprünglichen regierungsrätlichen Antrag.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Mitte unterstützt den Kommissionsantrag,
und zwar aus folgenden Gründen: Dieses Projekt fördert den ÖV, verbessert ihn,
fördert den Veloverkehr – alles positiv – und verlangt jetzt, dass Ersatz geschaffen
wird für Parkplätze, die jetzt bestehen. Eine pragmatische Lösung: 100'000 Fran-
ken der Kanton, 50'000 Franken die Gemeinde Zollikon – und es geht endlich
vorwärts. Wie schon vom Vorredner erwähnt, liegen die Kosten für den Kanton
mit diesen 100'000 Franken um einiges tiefer, als wenn dieser Rechtsstreit wei-
tergeht. Es wird uns mehr kosten, einfach nicht im Budget ausgewiesen. Stimmen
Sie also dem Mehrheitsantrag der Kommission zu.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Ich bin schockiert über die Unverfrorenheit der
Gemeinde Zollikon. Im Zusammenhang mit der Radweglückenschliessung und
dem Ausbau der Bushaltestellen will sie einen gemeindeeigenen Parkplatz auf

Kosten des Kantons ersetzen lassen. Dieser Parkplatz – es handelt sich um die Parkplätze beim Weiler Sennhof – war zudem vom Kanton nur geduldet. Es gab und gibt für diese Parkplätze keine gesetzliche Grundlage. Und nun soll die Kantonsbevölkerung im Zusammenhang mit dem neuen Radweg für die Kosten der Verschiebung und Neuerstellung dieses Parkplatzes aufkommen, das ist schlichtweg skandalös. Meines Wissens ist die Gemeinde Zollikon nicht armengemässigt, sodass der Kanton einen Gemeindeparkplatz berappen müsste. Das ursprüngliche Projekt, das noch unter dem ehemaligen Baudirektor Markus Kägi ausgearbeitet worden war, beinhaltete diesen Parkplatz nicht. Es war ganz klar, dass mit der Realisierung des Radweges das letzte Stündlein für den illegalen Parkplatz geschlagen hatte. Die bürgerlich dominierte Mehrheit in der Kommission sistierte dann das Geschäft in der alten Legislatur. Bei der Wiederaufnahme des Geschäfts reichte die SVP unverzüglich einen Antrag ein, den Objektkredit für die Radwegglückenschliessung um 100'000 Franken für die Neuerstellung des Zolliker Parkplatzes aufzustocken. Die SVP verlangt also, dass die Kantonsbevölkerung nicht nur den Radweg bezahlt, sondern gleichzeitig für die Kosten eines Gemeindeparkplatzes aufkommen soll, der nach wie vor illegal ist.

Die Alternative Liste lehnt aus diesen Gründen diese Vorlage ab, obwohl wir für Radwegglückenschliessungen sind, beziehungsweise wir unterstützen den Minderheitsantrag von SP und Grünen, das heisst, einen um 100'000 Franken reduzierten Objektkredit.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal: Lieber Jonas Erni, liebe Judith Stofer, ihr zeigt wieder einmal eindrucksvoll, dass ihr ideologisch getrieben und nicht kompromissbereit seid. Ich freue mich auf die nächste Seeuferdebatte. Ihr fordert, dass die Gemeinden für einen Seeuferweg nichts mehr bezahlen müssen. Ihr fordert, dass der Kanton 100 Prozent für einen Seeuferweg bezahlen muss, aber bei einem Parkplatz soll sofort alles anders sein. Ich freue mich wirklich auf eure Argumentation. Der Kanton hat der Gemeinde ein Angebot für einen Ersatzparkplatz gemacht, so unwichtig scheint dieser Parkplatz für die Naherholungssuchenden nicht zu sein. Bitte unterstützen Sie den Kommissionsmehrheitsantrag.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Nur ganz kurz: Ich bin Gemeinderätin in Zollikon und ich kenne natürlich das Projekt ziemlich gut. Das Land, auf dem der Parkplatz zu stehen kommt, gehört dem Kanton, und der Radweg wird dem Kanton gehören. Es ist also richtig, wenn der Kanton auch etwas zahlt an diesen Parkplatz, der notabene natürlich vor allem von Auswärtigen und nicht von Zollikern benützt wird, denn wir gehen ja zumeist zu Fuss dorthin. Und zweitens möchte ich sagen: Zollikon bezahlt 56 Millionen Franken in den Finanzausgleich, also ganz so gierig, wie wir hier von der AL hingestellt werden, sind wir nicht. Wir bezahlen ziemlich viel. Vielen Dank.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag: Jonas Erni, Theres Agosti Monn, David Galeuchet, Andrew Katumba, Thomas Schweizer:

I. Für die Radwegglückenschliessung und den behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen Resirain auf der 710 Binz-/Zollikonstrasse zwischen der Forchstrasse in der Gemeinde Zollikon und der Zürichstrasse in der Gemeinde Maur wird ein Objektkredit von Fr. 5 305 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8400, Tiefbauamt, bewilligt.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Jonas Erni gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 90 : 85 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Ratspräsident Roman Schmid: Nun müssen wir – ich habe es schon eingangs erwähnt – noch feststellen, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über Ziffer I

Der Kantonsrat beschliesst mit 127 : 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer I der Vorlage 5455a zuzustimmen. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.